

Forum Lipinski

Sozialdemokratische Meldungen aus Stadt, Land, Bund und Europa
Constanze Krehl (MdEP), Daniela Kolbe (MdB), Holger Mann (Mdl) und Dirk Panter (Mdl)



Herzlichen Glückwunsch, Martin!

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählten am 17. Januar den Sozialdemokraten Martin Schulz zu ihrem neuen Präsidenten.

"Er ist genau der Richtige, das Europäische Parlament in diesen Zeiten zu vertreten. Martin wird dem Parlament als Stimme der europäischen Bürgerinnen und Bürger das nötige Gehör verleihen", gratulierte die sächsische Europaabgeordnete Constanze Krehl.

„... das freut uns sehr“

Bürgermeister Thomas Fabian zu Kitas und Schulen in einer wachsenden Stadt

Herr Fabian, die Stadt Leipzig wächst und freut sich über die Zunahme an jungen Familien. Das heißt auch, dass es einen Mehrbedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und an Schulen gibt. Wie sieht die derzeitige Situation aus?

Der Geburtenanstieg im familienfreundlichen Leipzig hält weiter an – und das freut uns sehr. Deswegen müssen wir die Kapazitäten in Kitas und in Schulen erheblich ausbauen. Die bisherigen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung haben diesen Anstieg unterschätzt. Allein die im Jahr 2011 gegenüber 2010 in Leipzig mehr geborenen 299 Kinder bedeuten im Jahr 2017 elf zusätzliche Grundschulklassen und im Jahr 2021 je fünf bis sechs Klassen zusätzlich in Mittelschulen und Gymnasien.

Von welchen Bedarfen geht die Stadt Leipzig in der Schulnetzplanung aus?

Insgesamt müssen wir in den nächsten zehn Jahren in kommunalen Grundschulen 4.000 zusätzliche Plätze schaffen. Wir planen gerade mehrere neue Grundschulstandorte. Bei den Gymnasien sind die Kapazitäten schon jetzt erschöpft. Deshalb wurden im Gebäude des ehemaligen Theodor-Mommsen-Gymnasiums bereits neue Gymnasialplätze geschaffen, weitere Standorte für Gymnasien sind in Planung, ebenso für neue Mittelschulen. Der Bedarf ist stadträumlich gesehen unterschiedlich. Besonders groß ist er vor allem in Stadtteilen, die bei jungen Familien sehr beliebt sind. Gerade dort werden auch die freien Flächen knapp, die wir für neue Schu-

len benötigen – insofern muss schnell gehandelt werden.

Welche baulichen Konsequenzen ergeben sich daraus?

Mehrere. Zum einen werden stillgelegte Schulgebäude wieder für die Nutzung hergerichtet, zum anderen werden Schulen neu gebaut. In beiden Fällen müssen erhebliche Finanzmittel investiert werden. Konkret bedeutet dies die Wiederinbetriebnahme von fünf Gebäuden für Mittelschulen, die Einrichtung von fünf neuen Gymnasien und von neun neuen oder erweiterten Grundschulstandorten. Zugleich müssen weiterhin auch noch viele bestehende Schulstandorte saniert werden.

Fortsetzung des Interviews

...▶ Seite 11

Die Themen

Wilhelm Leuschner. Geschichte eines Widerstandskämpfers

...▶ Seite 3

„Ich bin Überzeugungstätlerin“ - Interview mit Constanze Krehl

...▶ Seite 4

Holger Mann: Moderne Schulen für gute Bildung

...▶ Seite 6

Dirk Panter: Die konditionierte Schuldenbremse

...▶ Seite 7

Zwischenbilanz Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

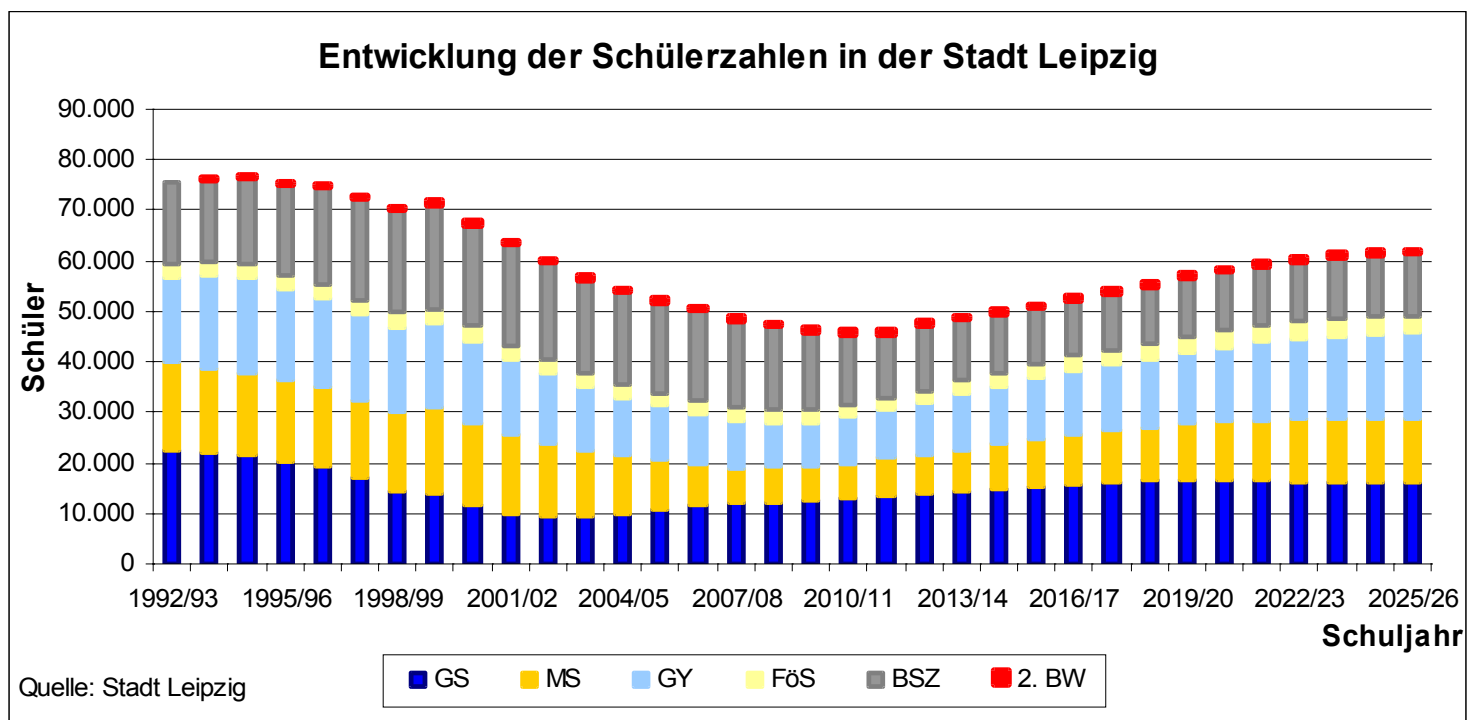
...▶ Seite 8

Daniela Kolbe: Rechtsterrorismus – die richtigen Schlüsse ziehen

...▶ Seite 9

Vorstellung: Netzwerk für Demokratie und Courage

...▶ Seite 10



Leipzig wächst wieder. Auch wenn die Zahlen vor dem Geburtenknick noch nicht wieder erreicht sind: In der familienfreundlichen Stadt gehen wieder mehr Kinder und Jugendliche zur Schule.

Einladungen ins Richard-Lipinski-Haus

Rosa-Luxemburg-Straße 19/21, 04103 Leipzig

„Leipzig liest“ mit Cornelius Weiss

„Risse in der Zeit: Ein Leben zwischen Ost und West“
17. März 2012, 17.00 Uhr im Lipinski-Forum

Cornelius Weiss liest im Lipinski-Forum aus seiner in Kürze erscheinenden Biografie „Risse in der Zeit“. Zu Lesung und Gespräch lädt MdL Holger Mann während des Lesefestivals „Leipzig liest“ ein.

Eine Anmeldung unter info@holger-mann.de erleichtert die Sicherung von Plätzen.



Hoffest im Richard-Lipinski-Haus

Freitag, 25. Mai 2012, 17.00 Uhr



Eine Tradition startet immer mit dem zweiten Mal, und Gutes darf ruhig Tradition werden. In diesem Sinn laden wir Sie und Euch nach dem schönen Auftakt im letzten Jahr zu unserem Hoffest ein. Die Woche des SPD-Geburtstags soll uns erneut Anlass sein, um bei mildem Frühlingswetter, Live-Musik, Speisen und Getränken eine neue Ausstellung zu eröffnen und einen schönen Abend mit den Freundinnen

und Freunden der Leipziger Sozialdemokratie zu erleben. Ein politisches, aber vor allem genussvolles Fest wollen wir zu Füßen des historischen Lipinski-Hauses feiern.

Workshop „Moderne Schulen für gute Bildung! Schulsanierung und Schulneubau jetzt.“

Samstag, 25. Februar 2012, 10.00 bis 16.30 Uhr
im Lipinski-Forum

Die SPD Leipzig lädt zu Workshops ins Lipinski-Forum ein. Wir können u.a. Jens Bullerjahn, stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, und die beiden Bürgermeister Thomas Fabian und Martin zur Nedden begrüßen.

Programm:

- Jens Bullerjahn: „Wir streichen nicht eine Schule – sondern alle! Das STARK III Programm bringt unsere Schulen auf Vordermann.“
- Thomas Fabian: „Zur Situation der Schulen und den künftigen Planungen in Leipzig“
- World-Café
- Schulnetz- und Bedarfsplanung in der Stadt Leipzig: Thomas Fabian, Ute Köhler-Siegel
- Schulsanierung und Neubau: Qualitative Anforderungen an künftige Baumaßnahmen: Martin zur Nedden, Mathias Weber
- Neue Häuser ohne Personal: Neue LehrerInnen braucht das Land: Holger Mann, Uschi Kruse
- Fördermittelvergabepraxis des Freistaates Sachsen: Dirk Panter
- Praxis-Workshop zur Kampagne der SPD Leipzig: „Moderne Schulen für gute Bildung! Schulsanierung und Schulneubau jetzt.“

Anmeldung: <http://spd-sachsen.de/workshop-moderne-schulen-fuer-gute-bildung-schulsanierung-und-schulneubau-jetzt>
Kontakt: moderne.schule@spd-leipzig.de

Wilhelm Leuschner

Geschichte eines Widerstandskämpfers

In der Diskussion um die Umbenennung des Wilhelm-Leuschner-Platzes in Leipzig konnte ein Kompromiss gefunden werden, der an zentraler Stelle in der Stadt die Friedliche Revolution zu Ehren kommen lässt und dennoch das Andenken an Leuschner wahr. Wer war dieser Mann, über den so engagiert gestritten wird?

Ein Haus in Bayreuth, eine Briefmarke von 1964, eine Gedenktafel in Berlin und ein Platz in Leipzig: Sie haben eines gemeinsam. Sie erinnern an einen Mann, der mit Recht als einer der entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet wird, an Wilhelm Leuschner.

Als Wilhelm Leuschner in Juni 1890 das Bayreuther Licht der Welt erblickte, war wohl weder für seinen Vater, der als Ofensetzer arbeitete, noch für seine ebenfalls arbeitstätige Mutter klar, dass ihr Sohn nach einer bürgerlichen Laufbahn als Bildhauer mit dem Beitritt in die Gewerkschaft (1907) sein Leben der Politik verschreiben würde. Leuschners steile Karriere in der Parteipolitik begann 1913 mit dem Beitritt zur SPD. Obwohl seine politischen Ambitionen zunächst von einem Einsatz im 1. Weltkrieg unterbrochen wurden, errang er bereits 1919 den Vorsitz der Darmstädter Gewerkschaften und wurde Stadtverord-

neter. Darmstadt wurde zu Leuschners neuer Heimat. Hier heiratete er im Sommer 1911 Elisabeth Batz, mit der er zwei Kinder hatte. 1924 gelang ihm der Einzug in den hessischen Landtag. Schon vier Jahre später krönte er seine rasante Laufbahn schließlich mit dem Amt des hessischen Innenministers. Diese Daten zeigen mit Leuschners Werdgang einen ruhmreichen Punkt der sozialdemokratischen Parteigeschichte, trotz klarer Fehler wie die Unterstützung des 1929 verabschiedeten „Gesetzes zur Bekämpfung des Zigeunerwesens“.

Dennoch fassen die Daten nicht das, was Leuschners eigentlichen Verdienst ausmacht. Sie können unmög-

lich einfangen, was Leuschner gefühlt haben muss, als er die Boxheimer Dokumente veröffentlichte, als er im April 1933 sein Amt als Innenminister aufgeben musste, als er standhaft blieb, als die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Nationalsozialisten immer energischer gefordert wurde, als er daraufhin verhaftet, in ein Konzentrationslager geschafft und misshandelt wurde.

Den Nationalsozialisten sollte es nicht gelingen, Leuschner in der KZ-Haft gefügig zu machen. Kurz nachdem er 1934 aus dem Konzentrationslager entlassen wurde, setzte er alles daran den Widerstand zu forcieren. Die durch die verweigerte Zusammenarbeit

illegalisierten Gewerkschaften wurden von Leuschner, getarnt in einer Fabrik für Bierschankutensilien, weiter geführt. Leuschner setzte seine Kraft bedingungslos für den Widerstand gegen Hitler ein, vernetzte Gewerkschaften und assoziierten Gruppen, nahm Kontakt zum Kreisauer Kreis auf und wurde 1939 schließlich Mitglied der Widerstandsgruppe um Carl F. Goerdeler. Die Bekanntschaft mit Goerdeler ist es auch, die das ohnehin schon zugespitzte Schicksal Leuschners auf den unerträglichsten Punkt führen sollte: Der Putsch gegen Hitler scheitert, die Beteiligten schweben in größter Gefahr. Leuschner kann sich verstecken, als er die Nachricht erhält, dass seine Frau Elisabeth als Druckgeisel genommen wurde. In dieser dramatischen Situation bleibt Leuschner seiner innersten Überzeugung treu – niemals würde er einen geliebten Menschen opfern, um sich selbst zu retten. Er stellt sich und nimmt den sicheren Tod in Kauf.

Am 29. September 1944 wird Leuschner in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Das Andenken an seinen widerstandsfähigen Geist, seine Tatkraft und seinen Mut jedoch konnten die Nationalsozialisten nicht trüben. Es lebt beständig fort in Briefmarken, Gedenktafeln und Plätzen und in der Erinnerung der Bürgerinnen und Bürger, die auch heute jeden Tag rassistischem Gedankengut entschlossen entgegen treten.

Katharina Schenk



Foto: Wilhelm-Leuschner-Stiftung

Geschichte der Leipziger Sozialdemokratie (Folge 4)

Kontakt

Constanze Krehl, MdEP
Tel.: 0341 - 961 63 47
europa@constanze-krehl.eu

Daniela Kolbe, MdB
Tel.: 0341 - 268 20 10
daniela.kolbe@wk.bundestag.de



Wahlkreisbüros
in der 3. Etage

Rosa-Luxemburg-Straße 19/21

04103 Leipzig

Holger Mann, MdL
Tel.: 0341 - 124 88 18
info@holger-mann.de

Dirk Panter, MdL
Tel.: 0341 - 124 88 20
buengerbuero@dirk-panter.de

„Ich bin Überzeugungstäterin“

Interview mit Constanze Krehl, Europaabgeordnete aus Leipzig

Herzlichen Glückwunsch, Constanze, Du bist vergangene Woche im Europäischen Parlament erneut zur Koordinatorin des Regionalausschusses für die Sozialdemokraten gewählt worden. Was bedeutet ...

Vielen Dank!

... was bedeutet es konkret, Koordinatorin eines Ausschusses zu sein?

In dieser Funktion bin ich als Sprecherin und Verhandlungsführerin für die Sozialdemokraten in der Regionalpolitik zuständig. Zu meinen Aufgaben gehören die Leitung der Arbeitsgruppe, die Koordinierung der Aufgabenverteilung und natürlich die Vertretung der sozialdemokratischen Position nach außen.

Für Ende Juni organisiere ich übrigens eine Reise der Arbeitsgruppe für meine Kollegen aus den anderen EU-Ländern. Wir werden uns in Leipzig vorbildhafte Projekte anschauen, wo EU-Fördermittel erfolgreich eingesetzt wurden.

Außerdem bist Du Berichterstatterin für die sogenannte "Allgemeine Verordnung". Was sind da Deine Aufgaben?

Als Berichterstatterin koordiniere ich die Arbeit der Abgeordneten an diesem Dokument. Mein Büro und ich sind also gerade gut gefordert bei Hunderten von Änderungswünschen den Überblick zu behalten und sie inhaltlich in die richtige Richtung zu führen. (lacht) Vor allem aber haben wir über eigene Änderungsanträge viel Gestaltungsraum.

Diese Aufgabe teile ich mir mit meinem Co-Berichterstatter von der Europäischen Volkspartei, dem Niederländer Van Nistelrooij. Wie so oft im Europäischen Parlament ist das fast wie in einer großen Koalition. Dass die Berichterstattung von Abgeordneten der beiden großen Fraktionen gemacht wird, zeigt auch, wie hoch angebunden diese Verordnung ist.

Was hat es also mit dieser Allgemeinen Verordnung auf sich?

Sie ist Teil des Gesetzepakets zur Neuausrichtung der Regionalpolitik für die Jahre 2014 bis 2020. Über das Gesamtpaket wird seit Monaten und noch mindestens bis Ende des Jahres verhandelt (s. Kasten).

Die Allgemeine Verordnung bildet quasi das Dach der

Vorschläge und legt vor allem Ziele, Kriterien und Höchstsätze für die Förderinstrumente, die verschiedenen Fonds, der EU fest. Neben den Strukturfonds und dem Kohäsionsfond werden dazu neuerdings auch der Landwirtschafts- und der Fischereifond gehören, das wird sinnvoller Weise miteinander verflochten. Die Details zu den jeweiligen Fonds sind dann in einzelnen Verordnungen geregelt, aber den Rahmen geben wir mit der Allgemeinen Verordnung vor.

Neuausrichtung, das klingt nach großen Veränderungen. Wie soll sich die Regionalpolitik in Zukunft verändern?

Die Kommission fordert in den Verordnungen eine stärker ergebnisorientierte und auf thematische Ziele konzentrierte Regionalpolitik. Viele Vorschläge begrüße ich sehr, wie beispielsweise die Schaf-

fung einer Übergangskategorie oder eine einfachere Verwaltungsstruktur für die fünf Fonds. Bei der Frage nach dem „Wie“ gibt es allerdings an einigen Stellen noch Nachbesorgungsbedarf. Dabei stehen für mich ganz klar die Bedürfnisse der einzelnen Regionen im Mittelpunkt.

Die Sozialdemokraten stellen im Europäischen Parlament die zweitstärkste Fraktion. Im Rat, also bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten, jedoch

sehen wir



Foto: Europäischer Parlament

Zeitplan für den Gesetzgebungsprozess zur EU-Regionalpolitik ab 2014

November 2010: Die EU-Kommission präsentierte den 5. Kohäsionsbericht mit Empfehlungen zur Neugestaltung der EU-Regionalpolitik und gab damit den Startschuss für die Verhandlungen.

Juli 2011: Das Europäische Parlament reagierte mit der Verabschiedung des sogenannten Pieper-Berichts und gab damit den Rahmen für mögliche Verhandlungsinhalte vor.

Oktober 2011: Die Kommission brachte ein Paket von Gesetzesvorschlägen heraus und legte damit das konkreten Verhandlungsangebot vor, auf das sich alle weiteren Debatten beziehen.

Mai 2012: Vorlage des ersten Berichtsentwurfs zur Allgemeinen Verordnung

Juli 2012: Annahme des Berichts im Ausschuss für Regionalpolitik

September 2012: 1. Lesung im Plenum
anschließend: Standpunkt des Europäischen Rates
anschließend: 2. Lesung im Plenum

frühestens Ende 2012: Verabschiedung des Rechtsaktes

Folgen des Standorte- gesetzes für Leipzig

uns aber einer Mehrheit von konservativen Regierungen gegenüber.

Angesichts der Finanzkrise und angesichts der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit sind doch ganz klar sozialdemokratische Antworten gefragt! Ich bin Überzeugungstäterin: Langfristig wird ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in Europa nur auf Grundlage sozialdemokratischer Werte funktionieren. Dass ein Umdenken stattfindet, ist auch daran zu erkennen, dass sich die Konservativen ursozialdemokratische Themen wie die Finanztransaktionssteuer zu Eigen machen. Wir haben aber gemeinsam noch viel Überzeugungsarbeit vor uns.

Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments arbeitest Du in der weltweit größten überstaatlich und direkt gewählten Institution. Warum findet diese großartige Idee so wenig Wahlbeteiligung?

Ich glaube, wir müssen Europa für die Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen noch viel greifbarer machen. Wir wollen Beschlüsse fassen, die den Lebensrealitäten entsprechen. Aber wir müssen die Meinungen und Ideen der Menschen kennen, um sie innerhalb der Europäischen Union vertreten zu können. Das müssen wir im Vorfeld der Europawahl 2014 bewusst machen. Europa ist eine solidarische Gemeinschaft, die es zu fördern, weiterzuentwickeln und zu beschützen gilt - dafür brauchen wir Mitbestimmung. Für mich ist es ein lohnendes Ziel, für das ich gerne weiter kämpfe.

Interview:
Alexandra Marquardt

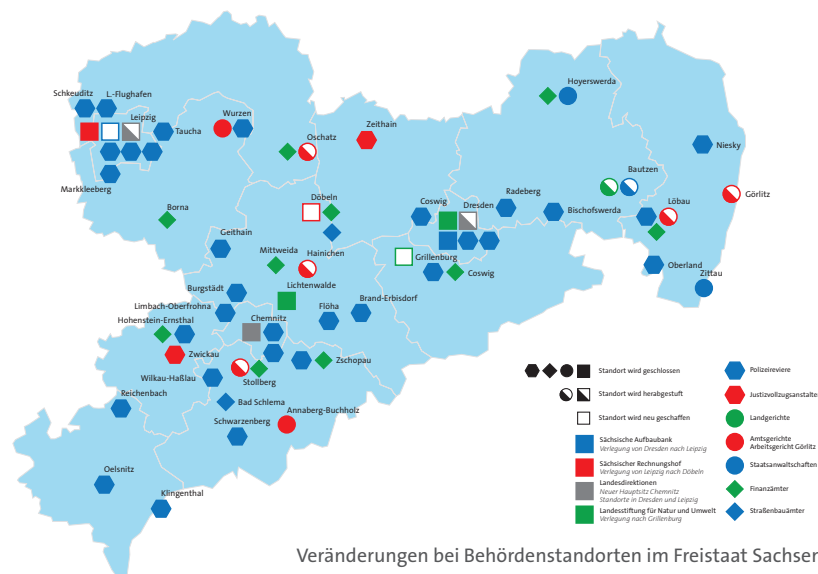
Am 25. Januar brachte die schwarz-gelbe Koalition das „Standortegesetz“ nur knapp durch den Landtag. Keine Zustimmung fand es bei der versammelten Opposition. Aber auch in der CDU-Fraktion gab es eine Gegenstimme und mehrere Enthaltungen. Die Kritik am Gesetzesvorhaben ist also offensichtlich breiter.

So sind die im Gesetzentwurf beschlossenen Standortverlagerungen willkürlich und kaum nachvollziehbar, es sei denn mit der politischen Geografie der Regierungskoalition. Es wurden weder Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit noch Vergleiche verschiedener Standortvarianten vorgenommen.

Die Folgen – Mehrkosten, Staatsabbau, Zentralisierung

Das Gesetz kostet den sächsischen Staat 300 Millionen Euro Baukosten zusätzlich, denen erst ab 2021 Einsparungen von circa 10 Millionen Euro pro Jahr entgegenstehen sollen. Bei einer Verzinsung mit nur 2,5 Prozent würden wir also frühestens nach 37 Jahren „Einspareffekte“ feststellen können. Wie viele Strukturreformen werden bis 2057 wohl noch folgen?

Vor allem aber betreibt die CDU-FDP-Koalition keine Staatsmodernisierung, sondern Staatsabbau, zieht sich gerade aus der Fläche zurück und betreibt einen massiven Personalabbau. So sollen von 87.000 Beschäftigten 2009 zehn Jahre später nur noch 70.000 Beschäftigte übrig bleiben.



Veränderungen bei Behördenstandorten im Freistaat Sachsen

Die Veränderungen auf der Standortkarte zeigen keine moderne und bürger-nahe Verwaltung, sondern die Machtverteilung innerhalb der CDU-Fraktion.

Dresden nach Leipzig in Aussicht gestellt. Jedoch bleibt fraglich, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Sitzänderung mitvollziehen. Dies gilt es zukünftig in den Blick zu nehmen, vor allem aber auch die Frage, wie man länderübergreifend in Mitteldeutschland eine Förderbank etablieren kann, die auch nach Auslaufen der großen EU-Fördertöpfe eine Perspektive hat.

Holger Mann

Der Sitz der Landesdirektion in Leipzig wird beispielsweise auf eine Abteilung zusammengestrichen, eine Schließung erscheint so immer wahrscheinlicher. Außerdem wird 2020 der Landesrechnungshof mit etwa 125 Angestellten nach Döbeln ziehen und Leipzig somit seine einzige oberste Landesbehörde verlieren.

Als Kompensation ist der Umzug der Sächsischen Aufbaubank (SAB) von

„Gute Bildung für alle!“ ist eine der wichtigsten Forderungen der SPD. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und dem Umfeld, in dem sie aufwachsen.

Bildung ist auch eine zentrale Aufgabe zur Zukunftssicherung. Dem zunehmenden Fachkräftemangel kann nur mit gut ausgebildeten Jugendlichen begegnet werden. Neben einem Schulsystem, das Chancengleichheit gewährt, brauchen wir dafür auch Schulgebäude und Schulausstattungen, in denen ein kreatives Lernen möglich ist.

Investitionstau in Leipziger Schulen: 570 Millionen Euro

Davon sind wir vielerorts noch weit entfernt. Viele Schulen in Leipzig sind in einem beklagenswerten Zustand. Es existieren krasse Gegensätze zwischen Schulneubauten sowie sanierten Gebäuden einerseits und unsanierten Gebäuden andererseits. In den letzten

Jahren konnte immerhin ein Drittel der Schulen grundhaft saniert werden. Doch es besteht ein Investitionsstau, der sich nach Berechnungen des Amtes für Jugend, Familie und Bildung der Stadt Leipzig auf 570 Millionen Euro beläuft.

Diesen gilt es abzutragen! Erste Weichenstellungen hat die Ratsversammlung mit dem Haushalt 2012 getroffen. Allerdings sind die kommunalen Haushalte chronisch unterfinanziert. Die Maßgabe, jedes Jahr 30 Millionen Euro in die Schulsanierung zu investieren, ist eine große Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund künftig sinkender EU-Investitionsmittel. Wenn wir aber den Investitionsstau innerhalb von 20 Jahre abbauen wollen, müssen wir diese Gelder mobilisieren.

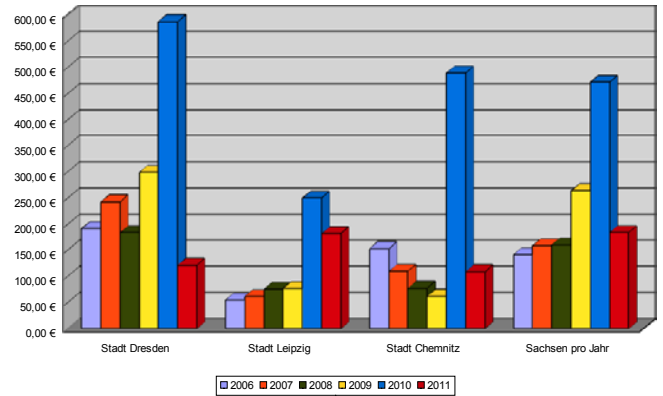
Demnach sind Unterstützung von Bund und Land gefragt. Durch das Konjunkturpaket II konnten viele Projekte zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur realisiert werden – eine Forderung, die die SPD in der Großen Koalition erfolgreich durchgesetzt hat. Der Freistaat zieht sich jedoch unverantwortlich aus dieser Finanzierung zurück. So sind in 2012 nur noch 20 Millionen Euro landesweit für Schulhausbau eingestellt. Zudem werden Steuermehreinnahmen parteipolitisch verteilt anstatt diese an den Aufgaben auszurichten. So gibt es ein eklatantes Ungleichgewicht in der Verteilung der Fördermittel auf die jeweiligen Gebietskörperschaften im Freistaat – wie aus der Grafik zu erkennen ist. Über Jahre hinweg profitierten andere Städte und Regionen von der Vergabepraxis im Kultusministerium. Leipzig bleibt – wie in vielen anderen Bereichen – auf der Strecke.

Sachsen-Anhalt als Vorbild

Leipzig ist dennoch eine familienfreundliche Stadt, die sich steigender Geburtenzahlen erfreut. So werden neue Schulen benötigt und müssen Kapazitäten an vorhandenen Standorten ausgebaut werden. Die Stadt kann diese Finanzierung aber nicht allein leisten! Es bedarf deshalb einer gemeinsamen Anstrengung von Land und Kommunen, den Sanierungsstau offensiv anzugehen. In der Pflicht ist also nicht zuletzt der Freistaat Sachsen, der in den letzten Jahren noch Schließungen von Schulen verordnet hat. Blickt man ins Nachbarbundesland Sachsen-Anhalt, findet man Konzepte und ein Finanzierungsmodell,

Moderne Schulen für gute Bildung!

Auszahlungen pro Schüler/in (Förderbereich 01500)



mit denen bis 2016 sogar alle Schulen saniert sein sollen.

Um auf die bestehenden Missverhältnisse aufmerksam zu machen und rechtzeitig vor den Verhandlungen des kommenden Doppelhaushaltes im Freistaat Sachsen den politi-

Neue SPD- Kampagne in 2012

schen Druck zu erhöhen, wird im zweiten Quartal 2012 die Kampagne „Moderne Schulen für gute Bildung!“ der SPD Leipzig laufen.

Lasst uns gemeinsam für ein besseres Lehr- und Lernumfeld streiten und unsere Vorstellungen in den städtischen Diskurs einbringen.

Holger Mann,
Gerald Eisenblätter



Weitere Informationen:
www.moderne-schule-in-leipzig.de

Mitgliederworkshop und öffentlicher
Vortrag am 25.2.2012 •••▶ Seite 2

Seit Monaten hat vor allem das Wörtchen „Schulden“ wegen der Eurokrise Hochkonjunktur. Mit der europäischen Debatte geht aber auch eine Debatte in Sachsen einher. Gemäß der letzten Föderalismusreform ist festgelegt, dass ab 2016 für den Bund und ab 2020 für die Länder eine sogenannte Schuldenbremse gilt – wohlbemerkt unabhängig davon, ob die Länder die Schuldenbremse vorher in ihren jeweiligen Verfassungen verankert haben.

Das schwarz-gelbe Sachsen will nun vorangehen und die Sächsische Verfassung schon jetzt mit einer harten Schuldenbremse versehen. Dies hat seinen Grund im Artikel 109 des Grundgesetzes, der – vereinfacht gesprochen – vorsieht, dass jedes Land selbst festlegen kann, welche Ausnahmeregelungen für das im Grundgesetz geregelte Schuldenverbot gelten.

Für eine solche Verfassungsänderung ist allerdings die Zweidrittel-Mehrheit im Landtag nötig. Damit kommen wir als SPD ins Spiel und müssen uns positionieren. Sind wir strikt dagegen oder wollen wir in Verhandlungen eintreten? Mir ist wichtig, dass wir darüber in der Partei diskutieren; ich will dafür einen Aufschlag machen.

Die sozialdemokratische Alternative: Ja, aber nicht bedingungslos

Wir Sozialdemokraten können verantwortungsvoll mit Geld umgehen, wie der sächsische Doppelhaushalt von 2006 unter Regierungsbeteiligung der SPD eindrucksvoll zeigt. Es war der erste Haushalt des Freistaats ohne Neuverschuldung! Wir Sozialdemokraten haben einen pragmatischen Ansatz zum Thema Schulden. Es ist gut sie zu vermeiden, allerdings gibt es Notsituationen, in denen auf Schulden



Foto: SPD Sachsen

Die konditionierte Schuldenbremse

nicht verzichtet werden kann. Weil wir bewiesen haben, dass wir mit Geld umgehen können und weil wir nicht dogmatisch diskutieren, sollten wir die Chance nutzen in Verhandlungen eine sozialdemokratische Alternative zu entwickeln. Neben inhaltlichen Aspekten sprechen auch strategische Gründe dafür, uns für eine konditionierte Schuldenbremse auszusprechen. Besonders relevant ist dabei unsere Außenwirkung. Wir sollten uns nicht freiwillig als „Dagegen-Partei“ bzw. „Schuldenmacher“ diffamieren lassen. Außerdem ermöglicht uns die Zusammenarbeit mit der Koalition in dieser für sie sehr bedeutenden Frage, sozialdemokratische Forderungen zu formulieren.

Die Alternative zur schwarz-gelben Schuldenbremse sollte an Bedingungen geknüpft sein. „Gerechtigkeit“ ist für uns ein hohes Gut, deshalb dürfen Regelungen auf Bundes- bzw. Landesebene nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Schon heute müssen die Kommunen Aufgaben übernehmen, die ihnen – ohne vorherige Mitbestimmung – von Bund und Land übertragen wurden. Dass finanzielle Einschnitte auf kommunaler Ebene nur auf Kosten von Kultur, Bildung etc. gehen können, liegt auf der Hand. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die bereits angesprochenen Ausnahmesituationen. Das Grundgesetz sieht drei Bereiche vor: 1. Naturkatastrophen wie die Flut 2002, 2. ungewöhnliche Notsituationen wie die aktuelle Finanzkrise sowie 3. Sondersituationen im Rahmen eines Konjunkturzyklus. Dabei gelten für Notsituationen zwei grundsätzliche Bedingungen: Die Situation muss sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage muss durch sie erheblich beeinflusst werden. Über die konkrete Ausgestaltung sollten wir mit der Koalition verhandeln.

Zusammenfassend kann meine Position wie folgt auf den Punkt gebracht werden: Schuldenbremse ja, aber nicht um jeden Preis – sie muss an Bedingungen geknüpft sein, die sachgerecht statt dogmatisch alle Ebenen und alle Menschen im Blick haben.



Foto: DBF/Lichtblick/Achim Meide

Daniela Kolbe eröffnet die Sitzung der Enquete-Kommission mit Gastvortrag von Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB

Zwischenbilanz

Ein Jahr Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Im Januar 2012 feierte die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ihren ersten Geburtstag. Nach zwölf Monaten, in denen neben über 40 Projektgruppensitzungen auch 15 öffentliche Sitzungen der gesamten Enquete stattfanden, zeichnen sich erste Ergebnisse ab. Ein unqualifizierter Wachstumsfetisch, wie ihn die FDP aktuell wieder auf-tischt, erscheint vielen rückwärtsgewandt. Nur nachhaltiges, ressourcenschonendes und sozial integratives Wachstum sollte politisch gefördert

werden. Klar ist aber auch, dass eine einfache Verzichtsgesellschaft keine Lösung ist, sondern gerade für weniger wohlhabende Menschen geringere Chancen bedeutet.

Der Austausch mit renommierten nationalen und internationalen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen wie Dennis Meadows, Jutta Allmendinger oder Martha Nussbaum hat die Sensibilität der Kommissionsmitglieder insbesondere für die Themen Umwelt und Gerechtigkeit gestärkt.

Die Frage, was Wohlstand und Lebensqualität ausmacht, und wie dies gemessen werden kann, bewegt viele Menschen im ganzen Land. Daniela Kolbe ist als geschätzte Gesprächspartnerin von Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft zu Fragen von Wohlstand und Nachhaltigkeit viel unterwegs. Bei Parteiversammlungen, internationalen Kongressen oder Wirtschaftskonferenzen stellt sie die Arbeit der Enquete-Kommission vor und sammelt Anregungen und Beiträge für deren Debatten.

Die Projektgruppen der Enquete stellen im Frühjahr End- und Zwischenberichte vor, ein Symposium bringt die Enquete in Austausch mit der Fachöffentlichkeit, eine Debatte im Bundestag wird parlamentarische Öffentlichkeit schaffen. Die Zeit drängt, denn Anfang 2013 soll ein Entwurf des Abschlussberichts für die Enquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vorliegen: ein denkbar freudiges Geschenk zum zweiten Geburtstag.

Matthias Ecke

Aufstieg durch Bildung

Das Sächsische Bildungszentrum e.V. in Leipzig



SAE-BIL

Sächsisches Bildungszentrum e.V.

Das Ziel, Menschen durch gute Bildung zu Bürgerinnen und Bürgern zu machen, die selbstbewusst im Leben stehen und sich auch um die Belange der gesamten Gesellschaft kümmern können, gehört seit jeher zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Neben dem unbedingten Einsatz für eine ausgezeichnete staatliche Infrastruktur von der Kita bis zur Hochschule ist es darum immer wieder wichtig, den Blick auch auf private Bildungsinitiativen zu richten.

Das Sächsische Bildungszentrum e.V. (SAE-BIL) ist so ein Projekt. Gegründet wurde der Verein 2004 durch eine Initiative von Studierenden, Akademikern und Selbstständigen in Dresden. Der Verein versteht sich als eine gemeinnützige Einrichtung, die sich in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit Bildungs-, Integrations-, und Kulturprojekten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene engagiert.

Nach Leipzig kam der Verein im Jahr 2009. Mitten im Zen-

trum eröffnete er sein Büro und führt hier seitdem neben den genannten Projekten auch regelmäßig Veranstaltungen durch, die dem interkulturellen und interreligiösen Austausch dienen.

An seinem Wahlkreistag informierte sich im Januar auch Dirk Panter über die Arbeit des Vereins und bekam dabei Einblicke in die neuesten Pläne der Initiative. Durch die Gründung eines freien Kindergartens möchte SAE-BIL sein Bildungsangebot in Leipzig

erweitern. Erste Gespräche mit der Stadtverwaltung über einen geeigneten Standort wurden geführt. Neben dieser Frage liegt allerdings auch noch die Herausforderung der Finanzierung und so ein steiniger Weg vor den Initiatoren. Kontakt und weitere Informationen zu SAE-BIL: www.sae-bil.de

Clemens Naumann

Der Ungläubigkeit und Erschütterung über die Morde der Nazi-Mörderbande, die sich „NSU“ nannte, folgen immer nachdrücklicher die Fragen: Wie konnte ein solches brutales Killerkommando über Jahre hinweg unerkannt bleiben und weiter morden? Welche Unterstützer hatten die Mörder? Was wussten die Sicherheitsbehörden? Warum haben sie nicht reagiert? Die lückenlose und schonungslose Aufklärung der Ereignisse ist die erste Forderung des Tages. Diese Aufgabe ist so komplex, dass sie ein Gremium allein kaum leisten können wird. Daher sind mehrere Gruppen damit betraut. Neben Untersuchungsausschüssen in den Ländern sollen das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags für die Geheimdienste und ein Sonderermittler Licht ins Dunkel bringen.

Wichtiger Ort der Aufklärung aber wird der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ des Deutschen Bundestags sein, dem ich als stellvertretendes Mitglied angehöre.

Die Arbeit des Ausschusses wird nicht einfach. Einerseits, weil laufende Ermittlungsverfahren und unterschiedliche Zuständigkeiten die Informationsbeschaffung zu erschweren drohen. Andererseits, weil Zweifel bestehen, ob der Wille zur Aufdeckung bei allen Verantwortlichen stark genug ist. So hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die Aufklärung aller Machenschaften rund um das Killerkommando NSU vorsorglich schon für schwierig erklärt und geht von einem Scheitern aus. Auch zu zentralen sicherheitspolitischen Fragen wie einer engeren Zusammenarbeit der Landesämter für Verfassungsschutz ändert Friedrich häufig seine Meinung. In einem solch zentralen Moment seiner Amtszeit zeigt er sich unentschlossen und orientierungslos.

Leider sieht es bei Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die für den Bereich der Prävention zuständig ist, nicht besser aus. Sie hätte in ihrem Ressort die Chance, die demokratische

Zivilgesellschaft zu stärken. Stattdessen legt sie den Demokratieinitiativen mit ihrer Extremismusklausel Steine in den Weg. Die Klausel stellt Initiativen unter Generalverdacht und schwächt die demokratische Zivilgesellschaft, sie gehört abgeschafft. Darüber hinaus ist die dauerhaft sichere Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus und eine Stärkung der erfolgreichen Maßnahmen geboten – wie die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung und das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Gemeinsam mit dem innenpolitischen Sprecher Michael Hartmann habe ich ein Papier vorgelegt, das die Antworten der SPD-Fraktion bündelt und offene Fragen benennt. Neben einer verbesserten demokratischen Präventionsarbeit muss auch die Repression zielgenauer werden. So soll die behördliche Sicherheitsarchitektur auf den Prüfstand. Aber auch neue Instrumente wie ein „Abwehrzentrum Rechts“ oder eine Verbunddatei Rechts sind mögliche Optionen. Die polizeiliche Kriminalstatistik für rassistische und andere rechtsextreme Straftaten muss verbessert und die Ermittlungsbehörden dahingehend sensibilisiert werden. Derartige Tatmotive sollen als sogenannte „Hatecrimes“ strafverschärfend wirken. Ebenso ist ein NPD-Verbotsverfahren wieder Thema unter den Landesinnenministern. Brächte es Erfolg, wäre es ein richtiger Schritt. Die verfassungsfeindliche NPD soll ihre Propaganda und Unterstützung für Gewalttäter nicht mehr mit Steuergeldern finanzieren können.

Rechtsextremes Gedankengut können wir nicht per Beschluss und Verordnung abschaffen. Gerade Leipzig und Dresden haben gezeigt, dass immer auch die Courage der Menschen vor Ort benötigt wird, um eine tolerante und demokratische Gesellschaft zu verteidigen. Aber dies entbindet die Zuständigen nicht von ihrer Verantwortung, nämlich die Menschen in unserem Land vor den Wiedergängern der Nationalsozialisten umfassend zu schützen.

Mein Standpunkt

Rechtsterrorismus: Die richtigen Schlüsse ziehen

von Daniela Kolbe

Netzwerk für Demokratie und Courage

Demokratiefördernde Bildungsarbeit von jungen Menschen für junge Menschen

Für Demokratie – gegen menschenverachtende Einstellungen

Fremdenfeindlichkeit, gewalttätige Übergriffe von Neonazis, Wahlerfolge neonazistischer Parteien und jede Menge Stammtischparolen sind in Deutschland keine Seltenheit. Das gab uns den Anstoß, unser Netzwerk zu initiieren, um diesen Zuständen etwas entgegenzusetzen. Dafür gehen wir dorthin, wo sich Jugendliche den größten Teil des Tages aufhalten: in Schulen, in Ausbildungseinrichtungen und in Jugendclubs. Statt Mathe oder Bio stehen dann Themen wie „Schublade öffnen! Am Anfang war das Vorurteil“ auf dem Lehrplan – so tragen wir die Jugendarbeit in die Schule hinein und erreichen auch Jugendliche, die Angebote der politischen Bildung sonst nicht nutzen würden. Ausgehend von den Erfahrungen der Jugendlichen diskutieren wir mit ihnen zu den Themen Rassismus, Vorurteile und menschenverachtendes Denken, ermutigen zur Zivilcourage und zeigen konkrete Möglichkeiten für demokratisches Engagement auf. Dank einer Vielfalt interaktiver Methoden vermitteln wir Demokratie als ein greifbares Erlebnis, das viel Spaß macht.

Jugend für Jugend ehrenamtlich aktiv

Das Besondere im Netzwerk: Die Projektstage werden von Jugendlichen für Jugendliche durchgeführt – ehrenamtlich. Mit viel Authentizität bringen sie frischen Wind in die Schulen und schaffen eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre auf Augenhöhe. Dass junge Menschen, die teilweise nur wenig älter sind als sie selbst, die Projektstage gestalten, ist für die meisten Schüler neu. Dies ermöglicht es ihnen, frei von Bewertungsdruck persönliche Meinungen äußern zu können. Die ehrenamtlich engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in einer intensiven, mehrtägigen Ausbildung zu Teamern qualifiziert, um die Projektstage selbstständig im Zweierteam durchführen zu können. Während der Ausbildung setzen sie sich mit den Inhalten der Projektstage auseinander, üben sich in Didaktik und Rhetorik und lernen Bildungsprozesse zu gestalten.



Fotos: Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Junge Menschen gestalten das Netzwerk

Im NDC gestalten die Teams die Projektstage inhaltlich und methodisch mit. Die Konzepte werden beteiligungsorientiert erarbeitet und alle ein bis zwei Jahre angepasst, um die fortlaufende Aktualität zu gewährleisten. So bleiben die Konzepte immer nah an der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Jugendlichen in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen.

NDC in Sachsen

Ausgehend von einem kleinen Kreis junger Menschen, die zunächst in Sachsen vor über zehn Jahren die ersten Projektstage für Schulen entwickelten, ist das Netzwerk inzwischen gewachsen. In Sachsen ist die „Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit“ Trägerin des NDC. Im Jahr 2011 haben in Sachsen 413 Bildungsmaßnahmen an Schulen, Jugendclubs, Ausbildungseinrichtungen und in Betrieben stattgefunden. Jährlich erreichen wir über 5.000 Schülerinnen und Schüler, bilden ca. 40 junge Menschen für die ehrenamtliche Durchführung der Projektstage aus und bieten auch Lehrkräften Fortbildungen zur weiteren Bearbeitung der Themen im Unterricht an.

Nina Gbur



NDC in Sachsen
 Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
 Könnertitzstr. 5 | 01067 Dresden
 T 0351-4810067 | F 0351-4810061
 sachsen@netzwerk-courage.de
 www.netzwerk-courage.de



Foto: privat

„... das freut uns sehr“

Fortsetzung des Interviews zu Kitas und Schulen mit Prof. Dr. Thomas Fabian von Seite 1

Professor Dr. Thomas Fabian

1955 in Bonn geboren. Nach der Kindheit im Libanon, in Afghanistan und Portugal verbrachte er seine Jugend in Worpswede. Er war an den Universitäten Bremen und Münster in Forschung und Lehre tätig, bevor er 1994 nach Leipzig kam, um eine Professur für Psychologie im Fachbereich Sozialwesen der HTWK Leipzig anzutreten.

Seit September 2006 ist Thomas Fabian Bürgermeister und Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig.

Oftmals wird der bauliche Zustand unserer Schulen beklagt. Was hat die Stadt hier in den letzten Jahren unternommen?

Seit 2007 haben wir fast 116 Millionen Euro für Investitionen an Schulen ausgegeben. Dabei haben uns die mit dem Konjunkturpaket II bereitgestellten Fördermittel einen großen Schritt vorangebracht, allein durch sie konnten in den letzten beiden Jahren 70 Millionen Euro investiert werden. Aber auch die Stadt Leipzig hat ihre Anstrengungen erhöht. Unsere Eigenmittel für Investitionen wurden von 3,6 Millionen im Jahr 2006 auf über 16 Millionen Euro in diesem Jahr mehr als vervierfacht. Hinzu kommen die Ausgaben für die bauliche Unterhaltung, die ebenfalls gestiegen sind. Klar ist aber auch: An Leipzigs Schulen bleibt noch viel zu tun.

Es besteht ein Investitionsstau von mehr als 500 Millionen Euro. Wie soll dieser perspektivisch abgetragen werden?

Die Stadt Leipzig wird in den nächsten Jahren mindestens

30 Millionen Euro jährlich in den Schulhausbau investieren. Wir benötigen dringend weitere Fördermittel des Freistaates, um die übertragenen staatlichen Pflichtaufgaben als Schulträger zu erfüllen.

In den vergangenen Tagen wurde berichtet, dass es ein Ungleichgewicht bei der Fördermittelvergabe zwischen den beiden wachsenden Großstädten in Sachsen gibt. Das Kultusministerium meint, Leipzig und Dresden würden gleichbehandelt, in den vergangenen drei Jahren seien jeweils knapp 30 Prozent des beantragten Fördervolumens

bewilligt worden. Dresden habe aber mehr Anträge gestellt, weil es mehr Eigenmittel aufbringen könne.

Die Stadt Leipzig hat in den vergangenen Jahren immer weit mehr Anträge auf Fördermittel für Schulhausbau ge-

stellt als der Freistaat bewilligt hat. Die dafür notwendigen Eigenmittel der Stadt Leipzig standen zur Verfügung. Bislang war nie die Rede davon, dass die Höhe der bewilligten Fördermittel in einem Zusammenhang mit der Anzahl der Anträge steht – das hielte ich auch nicht für sachgerecht. Gemessen an der Anzahl der Schüler hat Leipzig tatsächlich bislang einen zu geringen Anteil der in Sachsen zur Verfügung stehenden Fördermittel für Schulhausbau erhalten. Die Verteilung dieser Fördermittel sollte also ausgewogener und damit gerechter gehandhabt werden.

hoffe sehr und gehe davon aus, dass dies bei der künftigen Bewilligung von Fördermitteln berücksichtigt wird. Die Verteilung der Fördermittel für Schulhausbau sollte sich an der Schülerzahl der Städte und Gemeinden orientieren. Vorstellbar wäre aber auch ein Sonderprogramm des Freistaates für Schulneubauten in sächsischen Zentren wie Leipzig und Dresden, um die zusätzlichen Kapazitäten für wachsende Schülerzahlen zu schaffen.

Herr Fabian, vielen Dank für das Interview.

„Leipzig hat zu geringen Anteil der in Sachsen zur Verfügung stehenden Fördermittel für Schulhausbau erhalten.“

Wie kann der Freistaat Sachsen der Stadt Leipzig unter die Arme greifen?

In Leipzig müssen wir in den kommenden Jahren noch zahlreiche bestehende Schulen sanieren und sogar neue Schulstandorte schaffen. Ich

Interview: Gerald Eisenblätter

FALKEN-KIDSCAMP

'12

SOMMERFERIENLAGER
FÜR KINDER UND JUGENDLICHE
VON 7 BIS 17 JAHREN
19. AUGUST BIS
1. SEPTEMBER



DEMOKRATISCHES, SELBSTORGANISIERTES
SOMMERFERIENLAGER
vom 19. August bis 1. September 2012 in
Immenreuth (bei Bayreuth) für alle Kinder
und Jugendlichen von 7 bis 17 Jahren
Preis: je nach Selbsteinschätzung 190 bis 260 Euro
www.falken-kidscamp.de
info@falken-kidscamp.de
0341-1499 0229




Sozialistische Jugend - DIE FALKEN
Landesverband Sachsen
Rosa-Luxemburg-Straße 19, 04103 Leipzig
V.i.S.d.P.: Stefanie Reibling

DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGEN * ABENTEUER * SPIEL & SPASS